

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM, im Monat, bei Zahlung durch die Posten 2,30 RM, bei Postbestellung 2 RM, zusätzlich 20 Pf. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. (Postgebühren).  
Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 RM. Nachdruckgebühr 20 Reichspfennige. Verschiedene Erleichterungen werden nach Möglichkeit gewährt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.  
Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Haftung. Jeder Abdruckanspruch, wenn der Betrag durch Nachdruck eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, wird nicht angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 253 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postverl.: Dresden 2640      Mittwoch, den 29. Oktober 1930

## Mussolini spricht.

„Abschaffung der Geheimdiplomatie“, — das war auch einer der berichtigten 14 Punkte, die der amerikanische Prophet den Kriegsmächten Völkern als Geschenk mit herüberbringen wollte. Nun ist auch dieser Punkt bereits in Versailles rasch und gründlich ausstradiert worden. Die Diplomaten konnten ihr Handwerk in der alten Form ruhig wiederaufnehmen und die zahllosen Verträge „zwecks Friedensicherung“ waren nur die Kulisen, hinter denen ein ganz andersgeartetes Spiel getrieben wurde. Und die Erfolge dieser Geheimdiplomatie trugen oft recht unheimliche Früchte.

Um so schärfer sitzt davon die Rede ab, die Mussolini als Führer des vor acht Jahren siegreich in Rom eingedrungenen Faschismus jetzt am Jahrestage dieses Erfolges gehalten hat. Er ist von einer Deutlichkeit gewesen, von einer „undiplomatischen“ Unbesinnlichkeit in Inhalt und Form seiner Rede, daß es in allen auswärtigen Ämtern zum mindesten Europas ein sehr mißbilligendes Kopfschütteln geben wird. Mussolini denkt gar nicht daran, des französischen Diplomaten Talleyrand mahnendes Wort zu befolgen, daß „die Worte dazu da sind, um die Gedanken zu verbergen“. Man braucht ja diese Worte auch nicht gleich auf die Goldwaage zu legen und seine Prophezeiung, daß „einmal wird ganz Europa faschistisch sein“ mit der Stepsis anzunehmen, die man gegenüber politischen Voraussagen besonders dann anwenden soll, wenn sie in feilischen Stunden zur Welt gebracht werden.

Sensationell vor allem aber wirkt Inhalt und Art seiner Ausführungen darüber, wie er den Faschismus, also Italien, von allen Seiten her bedroht sieht. Wenn man statt „überall“ Frankreich und Jugoslawien setzt, so weiß man, was Mussolini ganz unmißverständlich angedeutet. Ein „moralischer“ Krieg werde schon jetzt und seit langem gegen Italien geführt als Vorbereitung zu einem militärischen, — und wir Deutsche hören es mit besonderen Gefühlen, wie höhnisch Mussolini äußerte: „Wald werden auch wir kleinen Kindern die Hände abgehakt haben, wie es von den Deutschen 1914 erzählt worden ist; doch scheint es, daß von diesen Kindern von damals jede Spur verlorengegangen ist.“ Allerdings haben damals diese Kinder auch in Italien ihre Schuldigkeit getan!

Mit einem deutlichen Hinweis auf die gewaltigen Verteidigungsmassnahmen — was dient der Verteidigung, was dem Angriff? —, die Frankreich an seiner Südgrenze gegen Italien getroffen hat, kommt Mussolini wieder einmal auf die Frage der Revision seiner Verträge oder vielmehr Diktate, die das Aussehen Europas seit 1919 bestimmen, zu sprechen. Hierbei wird der „Duce“ womöglich noch deutlicher. Er erklärt das Dogma ihrer Unabänderlichkeit — Sieb und Briand! — für ebenso unsinnig wie ihre Ausführung nach der Richtung hin, daß Europa in bewaffnete und entwaffnete Staaten zerfalle. „Welche rechtliche und moralische Parität kann zwischen einem bewaffneten und einem unbewaffneten Staat bestehen und wie kann man glauben, daß diese Komödie bis ins Unendliche dauern soll?“ Das sagt er nicht etwa um der „schönen Augen“ der unbewaffneten Staaten, also der Mittelmächte willen, sondern er behauptet, daß gerade in diesem starren Festhalten an den „Friedensdiktaten die eigentliche Bedrohung des europäischen Friedens zu erblicken sei. Und es ist schließlich auch nichts anderes als Wahrheit, wenn Mussolini erklärt, Italien rüste nur deshalb, weil alle anderen Staaten ihre Rüstungen immer mehr verstärken. All das ist natürlich in der Hauptsache gegen Frankreich gerichtet, — aber man soll über diese Fanfare doch nicht an der Chamade vorbeihören, die der Lenker der italienischen Außenpolitik als nächste Nummer schlägt. Er sagt, daß das Gesicht Italiens nach Osten gewandt sei, der künftige Überschuss seiner Bevölkerung sich nach dorthin verschleppen müsse, spricht von einer — „friedlichen“ — Expansionspolitik in das Donaugebiet und den Orient hinein, stellt die italienische Bündnispolitik im östlichen Mittelmeergebiet unter diesen Gesichtspunkt. Und schließt daran die etwas dunklen Worte, daß Italien „mit den Freunden bis zum äußersten gehen werde, und eine Verpflichtung, die einmal unterschrieben sei, bleibe für Italien heilig“. Das klingt doch ein bißchen sehr nach — Werbung. Und man wird bei uns vielfach den Hinweis darauf vernehmen, daß diese Werbung auf — Deutschland ziele. Zumal, da ja Mussolini im Hauptteil seiner Rede sich so unzweideutig gegen Frankreich wendet, dann die Notwendigkeit der Vertragsrevision betont, von der nur Deutschland, Ungarn und etwa Bulgarien Vorteile hätten, aber Österreich faum; denn eine Änderung der südöstlichen Grenzen fällt selbstverständlich für Mussolini völlig fort. Alle Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich, die im Anschluß an die Londoner Seeabklärungskonferenz stattfanden, sind ja gescheitert und nun ist die Ratifikation der damaligen Konferenzbeschlüsse zwischen Amerika, England und Japan erfolgt. Präsident Hoover — und das steht in einem uns fast grotesk anmutenden Gegenfatz zu der Fanfare Mussolinis — hat dabei auch eine Rede gehalten, die diese Ratifikation als Anfang fast einer neuen Zeit preist. Denn nun habe man endgültig verzichtet auf ein Wettrennen zur

## Der Wille der Regierung

### Osthilfe und Finanzausgleich.

Die Beratungen des Kabinetts.

Mit den Fragen der Osthilfe beschäftigten sich die Reichsminister in einer längeren Sitzung. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen zur wirksameren Anfurderung der Maßnahmen für den Osten gemacht, jedoch kam man nicht zu einem endgültigen Resultat. In den nächsten Tagen sollen die Beratungen fortgesetzt werden, um zu einem feststehenden Ostprogramm zu gelangen. Am Dienstag trat das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning wieder zusammen und nahm die für den Haushaltsplan 1931 maßgebenden Angelegenheiten in Angriff, wobei der Finanzausgleich für Länder und Gemeinden im Vordergrund stand. Die Reichsregierung hat den Länderregierungen Beschleunigung der Arbeiten zugesagt, um dem am 4. November sich versammelnden Reichsrat Gelegenheit zu geben, zu dem Gesamtplan des Sanierungsprogramms Stellung zu nehmen, ohne das der vorgelegte Haushaltsplan für das nächste Rechnungsjahr größtenteils nicht innewohalten wäre.

Der Reichshaushaltsplan bedarf zu seinem Ausgleich einer Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuerreform, der Reform des Finanzsystems usw. Insgesamt sind etwa dreißig Gesetze erforderlich, die sich auf Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Vermögenssteuer und den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Tabaksteuer und Tabakzölle beziehen werden. Am Freitag und Sonnabend sollen des weiteren Besprechungen mit den Finanzministern der Länder geführt werden.

In ununterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß möglicherweise die Arbeiten des Reichskabinetts am Mittwoch unterbrochen werden, da neben dem Außenminister auch der Reichsfinanzminister und der Reichsfinanzminister an der Sitzung des auswärtigen Ausschusses teilnehmen wollen. Im Finanzministerium erwartet man den Abschluß der Beratungen innerhalb der Reichsregierung für Montag,

den 3. November. Bis dahin dürften auch die Einzelbesprechungen über die Fragen der Osthilfe ausgeführt werden.

Man kann die bei den Kabinettsberatungen im Vordergrund stehenden Osthilfefragen etwa wie folgt zusammenfassen: Einmal handelt es sich um die weitere gesetzliche Ausgestaltung der Osthilfe im Anschluß an die Notverordnung auf der Grundlage des bereits im alten Reichstag behandelten auf fünf Jahre berechneten Osthilfegesetzes. Dann steht zur Erörterung, inwieweit auf dem ordentlichen gesetzmäßigen Wege eine Ausgestaltung der im geltenden Osthilfegesetz vorgesehenen Notverordnung erforderlich ist. Weiter könnte auf Grund der Notverordnung der Erlass von weiteren Ausführungsverordnungen erforderlich werden. Sachlich steht im Vordergrund die Frage der Einschaltung des Rekonstruktionswertes in die Osthilfe. Vom Ernährungsministerium ist ferner von vornherein die Notwendigkeit der Einbeziehung ganz Pommerns, beider Westpreußen, Ostpreußens und eines größeren Teiles der Provinz Brandenburg vertreten worden.

### Schacht für Abbau der Reparationen.

Dr. Schacht, der auf seiner Rundreise durch Amerika in Chicago eingetroffen ist, hielt in der Universität von Chicago einen Vortrag, in dem er die Reparationsfrage eingehend behandelte. Dr. Schacht betonte, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten direkt auf die Wirtschaftslage in Deutschland zurückzuführen sei. Die deutsche Wirtschaftskrise habe aber ihre Ursache in der Reparationsregelung. Die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft habe sich auf die anderen europäischen Länder ausgedehnt und so endlich auch Amerika erfaßt. Schacht wies u. a. darauf hin, daß Deutschland bis an die Grenze des Möglichen besteuert sei und daß eine weitere Besteuerung, um die Reparationen bezahlen zu können, Deutschlands Wirtschaft auf das schwerste gefährden würde. Da das unmöglich sei, forderte Schacht die Abschaffung der Reparationszahlungen. Nur die Beseitigung der gegenwärtigen Reparationslastung sei geeignet, die Heilung der Weltwirtschaft herbeizuführen.

## Die Stellung des braunschweigischen Kabinetts.

Bürgerliche Stimmen gegen Dr. Franzen.

Die von dem Reichsinnenminister Dr. Birth ins Auge gefasste Sperre der Polizeistützpunktschiffe an das Land Braunschweig würde einen Betrag von jährlich 1 289 000 Mark ausmachen. Im Kabinett ist man sich darüber einig, daß man gegen eine Sperre dieser Gelder durch das Reich entschiedenen Einspruch erheben werde. In weiten Kreisen ist man überzeugt, daß Braunschweigs Regierung und Land nicht dafür bestraft werden könnten, daß ein Minister nicht forrest gehandelt habe.

Trotzdem hat die Entwicklung in den letzten Tagen nicht dazu beigetragen, die Stellung des Ministers Franzen zu festigen. In bürgerlichen politischen Kreisen sind starke Strömungen vorhanden, den Minister zu veranlassen, von seinem Amt zurückzutreten. Die Angelegenheit wird bis Mittwoch entschieden sein müssen, da dann der Landtag zur Entgegennahme der Regierungserklärung zusammentritt.

## Der thüringische Beamtenentlass.

Amtsenthebung kommunistischer Bürgermeister.

Das thüringische Staatsministerium hat vor einiger Zeit sämtlichen Staats-, Kreis- und Gemeindebeamten die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verboten. Auf Grund dieses Erlasses hat das Innenministerium gegen eine Reihe von Bürgermeistern, die sich trotz des Regierungsverbotes als Kommunisten bekannten, unter vorläufiger Amtsenthebung Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet. So sind die kommunistischen Bürgermeister von Ruhla, Eigersburg und Gräfenhain ihres Amtes entbunden worden.

## Verbesserungen im Strafvollzug.

Konferenz des Justizministers mit den Präsidenten der Strafvollzugsämter.

In Berlin fand unter dem Vorsitz des Justizministers Dr. Schmidt eine Besprechung mit den Präsidenten der preussischen Strafvollzugsämter statt. Gegenstand der Beratung waren Maßnahmen, die eine Verbesserung des Strafvollzuges und gleichzeitig eine Verringerung der Ausgaben herbeiführen sollen. So wurde erörtert, die Strafvollzugsverwaltung der kleineren Oberlandesgerichtsbezirke den größeren Bezirken anzugliedern und den hauptamtlichen Präsidenten dieser Bezirke zu übertragen. Weiterhin wird geplant, die vor einem Jahr im Kammergerichtsbezirk versuchsweise eingeführten neuen Bestimmungen über den Strafvollzug in Stufe auf ganz Preußen auszuweiten und hierbei eine neue Einteilung der Gefangenenanstalten vorzunehmen. Die neueren und guten Anstalten

See —, wenigstens täten das jene drei Mächte. Frankreich und Italien sind nämlich nicht dabei. Hoover spricht von dem Bestehen eines „internationalen Vertrauens“ im Allgemeinen und dem der fünf Mächte zueinander im Besonderen. Denn „die Hoffnungen der Welt dürfen nicht enttäuscht werden“, die Hoffnungen darauf nämlich, daß es zu weiteren Rüstungsverminderungen kommt, die erreichten Vereinbarungen weiterbestehen und ausgebaut werden“, wie Hoover in seiner Rundfunkansprache wünschte.

Dort Fanfare, hier Chamade — wann wird nun die Welt der Freilichkeit folgen? Vorläufig hört man nur die grellen Disharmonien.

## Einigung in der Berliner Metallindustrie.

Sofortige Arbeitsaufnahme.

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Siegelwald fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie statt, die mit folgender Vereinbarung endeten:

1. Die Arbeit wird sofort unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt.
2. Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsspruch einer Schlichtungskommission. Sie besteht aus drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister nach Vereinbarung mit den Parteien ernannt werden.
3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission sind möglichst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

## Eisenbahnunglück bei Ulm.

Stuttgart, 28. Oktober. Am 19.30 Uhr stieß zwischen den Bahnhöfen Giengen an der Brenz und Herbrechtingen auf der Strecke Ulm—Aalen der Leichtgüterzug Nr. 8546 mit einem Leerpersonenzug auf freier Strecke zusammen. Von dem Güterzug wurden ein Schaffner leicht und der Lokomotivführer schwer verletzt. Von dem Leerpersonenzug wurden ein Schaffner und der Lokomotivführer getötet, der Beizer schwer verletzt. Die Verwundeten wurden sofort dem nächsten Krankenhaus zugeführt. Der Hilfszug war um 21.00 Uhr an der Unfallstelle.

Der Zug 337 Ulm—Aalen wird bis Giengen durchgeführt. Von dort werden die Reisenden im Auto nach Heidenheim und dann mit einem Sonderzug weiter nach Crailsheim und Nürnberg befördert. Die Untersuchung der Schuldfrage ist noch im Gange; angeblich trifft den Fahrleitungsleiter in Giengen die Schuld.